



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 25. Oktober 2017

Seite:
241

Vorsitz	Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	40 Mitglieder
Entschuldigungen	-/-
Versand	31. Januar 2018
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 21. Februar 2018 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP), heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Verwaltungsangestellten, die Schulleitung, die Gäste und die Pressevertreter willkommen.

T r a k t a n d e n l i s t e:

- | | | |
|----|---------|--|
| 1 | | Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten |
| 2 | 2017.30 | Familienergänzende Kinderbetreuung; Genehmigung Ausbau Tagesstrukturen |
| 3 | 2017.31 | Musikschule; Genehmigung Reglement und Vergünstigungen |
| 4 | 2017.40 | Schaffung Fachstelle Integration in der Gemeinde Windisch |
| 5 | 2017.43 | Festsetzung der Entschädigungen für die Amtsperiode 2018/2021 |
| 6 | 2017.42 | Rückbau und Verkauf Kompostierplatz; Genehmigung |
| 7 | 2017.48 | Budget 2018 der Einwohnergemeinde (inkl. Spezialfinanzierungen) |
| 8 | 2017.45 | Kreditabrechnung Entwicklungsstudie Areal Chapf-Dohlenzelg; Genehmigung |
| 9 | 2017.41 | Austritt aus dem Gemeindeverband Soziale Dienstleistungen Region Brugg, Fachbereich KESD |
| 10 | 2017.46 | Zusatzkredit Ortsplanungsrevision – Nutzungsplanung |
| 11 | 2017.44 | Verpflichtungskredit Projektierung Betriebsstandort Elektrizitäts- und Wasserwerk, Werkhof |
| 12 | 2017.49 | Verpflichtungskredit Projektierung Neubau Schulanlage Dohlenzelg |
| 13 | | Beantwortung von gestellten Fragen |
| 14 | | Mitteilungen des Gemeinderates |
| 15 | | Neueingänge |

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP):

Todesfall Heinz Mattenberger

Am 19. August 2017 ist Heinz Mattenberger gestorben. Als Vertreter der SVP war er von 1982 bis 1985 im Gemeinderat für das Ressort Soziales zuständig. Nach seinem Rücktritt hat er in den Einwohnerrat gewechselt und bis 1988 im Parlament mitgearbeitet. Heinz Mattenberger hat das Ressort, welches damals noch einfacher zu führen

war, ruhig und effizient bearbeitet. Wir danken Heinz Mattenberger für seine Verdienste zum Wohle von Windisch und seiner Bevölkerung und werden ihn in dankbarer Erinnerung behalten.

Gedenkminute Heinz Mattenberger

Hochzeit

Freude und Leid liegen nahe beieinander, am gleichen Tag hat Matthias Knecht geheiratet. Herzliche Gratulation und nachträglich alles Gute auf dem gemeinsamen Lebensweg.

Wahlen 24. September 2017

Herzliche Gratulation an den Gemeinderat zur glanzvollen Wiederwahl und an Bruno Graf, der den Wechsel vom Einwohnerrat in den Gemeinderat geschafft hat.

Auch den Mitgliedern der Schulpflege gratuliere ich zur Wahl. Leider wurde ein bisheriges Mitglied abgewählt, weil es nicht offiziell zur Wahl angemeldet wurde. Ich wünsche Allen, auch den in stiller Wahl gewählten Mitgliedern der Steuerkommission, viel Befriedigung in ihrem Amt und die notwendige Motivation, um die Herausforderungen der nächsten Amtsperiode zu meistern.

Genehmigung Protokolle

Zu den Protokollen der Sitzungen vom 15. März und 14. Juni 2017 sind keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge eingereicht worden. Sie gelten in der vorliegenden Form als genehmigt.

2 2017.30

Familienergänzende Kinderbetreuung; Genehmigung Ausbau Tagesstrukturen

(Botschaft vom 14. August 2017)

Rosi Magon, Vizegemeindepräsidentin (SP): Das neue Kinderbetreuungsgesetz verpflichtet die Gemeinden, bis Ende Primarschule ein bedarfsgerechtes Angebot familien-

ergänzende Kinderbetreuung zu schaffen. Das Angebot ist gestützt auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten zu vergünstigen, unabhängig vom Ort, wo das Kind betreut wird. Das Gesetz soll auf den Beginn des Schuljahres 2018/19 umgesetzt werden. Das Angebot der Tagesstrukturen wird optimal zum Stundenplan der Schule ergänzt. Die Eltern können anfangs Schuljahr ein auf ihre Bedürfnisse abgestimmtes Angebot wählen. Brauchen sie nur einen Morgen, viermal einen Nachmittag von drei bis sechs Uhr oder nur einen Tag pro Woche? Vergünstigungen werden nur noch bis zu einem steuerbaren Einkommen von CHF 89'999.00 gewährt. Vor allem mittlere und tiefere Einkommen sollen Vergünstigungen erhalten. Die Tagesstrukturen werden nicht durch die Gemeinde angeboten. Ortsansässige Betreuungsstellen, welche grosse Erfahrungen in diesem Bereich haben, sollen diese Aufgabe übernehmen. Eine Leistungsvereinbarung soll die Einzelheiten regeln.

Die FDP wird gekoppelt an eine Motion Rückweisung beantragen und Vorschläge einbringen, wie das Angebot zu gestalten ist. Die Überweisung dieser Motion wird erst in der Einwohnerratssitzung im März 2018 diskutiert werden können. Ich gehe deshalb jetzt auf die Forderungen dieser Motion ein.

Sie fordert an fünf Tagen Blockzeiten von 11.00 bis 12.00 Uhr. Bereits heute bieten wir an fünf Tagen Blockzeiten von 08.00 bis 12.00 Uhr an, die Forderung der FDP ist abgedeckt. Dieses Angebot kostet CHF 120'000.00 pro Jahr. Wir schlagen am Dienstag und Donnerstagnachmittag zwei Stundenblöcke vor, die Motion fordert die Ausweitung auf zwei Nachmittage pro Woche. Die Folge ist, dass die Kinder in Windisch zwei Lektionen mehr haben, als die Stundentafel des Kantons vorsieht. Die Schüler der 1. und 2. Klasse hätten 26, anstatt 24 Lektionen. Das BKS müsste dies prüfen und bewilligen. Der Unterricht findet am Dienstag- oder Donnerstagnachmittag in zwei Gruppen pro Klasse statt, weil die Teilung der Klasse einen qualitativ besseren Unterricht erlaubt. Zudem wird die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte erfüllt. Die Kinder haben 24 Lektionen pro Woche, die Lehrpersonen eine Unterrichtsverpflichtung von 28 Lektionen. Ob die Kosten für zwei Lektionen pro Woche für zehn Klassen günstiger liegen, als unser Vorschlag, bezweifle ich sehr. Ich habe die Kosten überschlagen. Zwei Lektionen à zehn Klassen ergeben 20 Lektionen, in 39 Schulwochen total 780 Lektionen. Bei einem Stundenlohn von CHF 100.00 ergibt dies Kosten von CHF 78'000.00. Nicht nur finanziell, auch schulorganisatorisch sind die Vorschläge der FDP eine Herausforderung. Haben wir genügend Räume für Werken und Textiles Werken? Diese zwei Fächer finden im Halbklassenunterricht statt. Ich bitte den Einwohnerrat, den in Aussicht gestellten

Rückweisungsantrag der FDP abzulehnen. Er widerspricht der Studentafel und ist unrechtmässig. Zudem lassen wir uns auf ein finanzielles Abenteuer ein und schulorganisatorisch gilt es einige Hürden zu überwinden. Der Gemeinderat unterbreitet eine massvolle Vorlage und Windisch wird im Standortwettbewerb um Familien konkurrenzfähig bleiben. Das Angebot der familienergänzenden Strukturen ist bei der Wohnortswahl einer Familie sehr entscheidend. Ich bitte den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Philipp Umbricht (FDP): Die FDP beantragt Nichteintreten. Die familienergänzende Kinderbetreuung, der beantragte Ausbau der Tagesstrukturen ist grundsätzlich eine gute Sache, wir sind dazu gesetzlich verpflichtet. Der Gesetzgeber verpflichtet, macht aber keine Aussagen zur Umsetzung. Jede Gemeinde entscheidet für sich, wie sie die bedarfsgerechte Betreuung organisiert, abgedeckt muss der Bedarf sein. Der FDP fehlt bei dieser Vorlage der Bedarf. Gemäss Bauchgefühl besteht ein gewisser Ausbaubedarf, nur diesen kennen wir nicht. Für die FDP bedeutet bedarfsgerecht, dass sich das Angebot nach der Nachfrage richtet. Diese ist zu befriedigen. Die Vorlage wählt den umgekehrten Weg. Es wird ein Angebot geschaffen und abgewartet, wer es nutzt. Die Bedarfsabklärung des Gemeinderates ist für uns weder aussagekräftig noch repräsentativ. Gefragt wurden nur Leute, welche die Tagesstrukturen bereits nutzen. Die grosse Masse, welche die Tagesstrukturen nicht nutzt, wurde nicht befragt. Ob hier ein Bedarf besteht und wie dieser aussieht, wissen wir nicht. Gefragt wurden 71 Familien. Bei grosszügiger Rechnung sind dies zwei Kinder pro Familie, ungefähr 150 Kinder, die Schule wird aber von rund 600 Kindern besucht. Drei Viertel der potenziellen Nutzer der Tagesstrukturen wurden nicht befragt. 39 Familien haben geantwortet, auf den potenziellen Nutzer umgerechnet ergibt dies 15%. 41% oder 16 der eingetroffenen Antworten haben einen Ausbau der Strukturen befürwortet. Das sind 6% der potenziellen Nutzer oder in Kindern ausgedrückt, 40 von 600 Kindern. Die Bedürfnisse der anderen 540 Kinder kennen wir nicht. Das Umfrageergebnis ist klar: Für einen Ausbau von 07.30 bis 17.30 Uhr ist kein Bedarf ausgewiesen. Vor einem Ausbau ist die Nachfrage abzuklären. Diese Abklärung muss fundiert und systematisch korrekt erfolgen. Alle Eltern müssen gefragt werden, damit konkrete Angaben gemacht werden können. Ein allgemein formulierter Bedarf für die Kinderbetreuung am Morgen finde ich gut. Führt dies jedoch dazu, dass das Kind am morgen früh ins Dorf gefahren werden muss, um eine Stunde später im Dohlenzelg oder im Rütenen zur Schule zu gehen, stelle ich den Bedarf stark in Frage. Es sind systematische, fundierte Abklärungen notwendig. Diese

Aufgabe könnte durch die Fachhochschule übernommen werden. Diese Vorlage ist nicht behandlungsreif, wir beantragen deshalb Nichteintreten.

Eintretensdebatte

Barbara Scheidegger (CVP): Die CVP-Fraktion befürwortet Eintreten. Eine fortschrittliche Gemeinde muss ein gutes Angebot für die Betreuung der Kinder haben, damit Familie und Beruf vereinbar sind. Es ist uns ein Anliegen, dass das Angebot gut, gebraucht und geschätzt wird. Es muss zu vernünftigen Preisen genutzt werden können, darf aber die Gemeinde nicht übermässig belasten. Auch wir sind unsicher, ob der Ausbau der Randstundenbetreuung im Moment die sinnvollste Option ist. Wir weisen das Geschäft nicht zurück, da wir den geplanten Systemwechsel bei den Tarifvergünstigungen bei Familien mit geringem Einkommen begrüssen. Die Betreuung durch Drittorganisationen ist ebenfalls wichtig. Die familienergänzende Kinderbetreuung wird eine Baustelle bleiben, die Qualität der Betreuung muss immer wieder überprüft werden. Die Auslastung ist kritisch zu verfolgen, bei Bedarf sind Korrekturen vorzunehmen.

Rahel Downey (SP): Die SP befürwortet das Eintreten. Wir werden fast täglich von der Zielgruppe gefragt, wann sich die Situation in Windisch endlich ändern wird. Wir hätten ebenfalls begrüsst, wenn eine grössere Anzahl Haushalte bzw. die gesamte Bevölkerung mit schulpflichtigen Kindern befragt worden wäre.

Abstimmung Eintreten

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag auf Nichteintreten mit 21-Nein gegen 17 Ja-Stimmen ab.

Detailberatung

Philipp Umbricht (FDP): Barbara Scheidegger hat den Systemwechsel angesprochen. Die Kinderbetreuung wird ausgebaut und der Gemeinderat soll ermächtigt werden, die Kinderbetreuung mit Drittanbietern zu regeln. Grundsätzlich ist das Übertragen von Aufgaben an Dritte sinnvoll. Wir bezweifeln sehr, ob für diese Aufgabe ein Drittanbieter gefunden wird, lassen uns aber gerne überraschen. In diesem Sinne stimmen wir dem Antrag 3 zu, mehrheitlich heissen wir das Reglement gut. Dieses ist sinnvoll, die Diskussion von Detailfragen erübrigt sich. Persönlich hätte ich es einfacher formuliert.

Beim Antrag 2, dem Ausbau des Angebotes, sieht es anders aus, wie erwähnt ist der Bedarf nicht ausgewiesen. Für uns ein zu grosser Schritt, deshalb will unsere Motion ein Vorgehen in kleinen Schritten. Selbst wenn wir heute keinen Beschluss fassen, wir bieten familienergänzende Tagesstrukturen an. Der Einwohnerrat kann festlegen, dass das heutige Angebot bedarfsgerecht ist und nicht ausgebaut wird. Ich beantrage die Änderung von Antrag 2: „Das gemäss Reglement vergünstigte Angebot der Tagesbetreuung wird wie folgt ausgebaut:

- An den Wochentagen Montag, Mittwoch und Freitag: Angebot wie bisher (inkl. der aktuellen morgendlichen schulischen Blockzeit).
- An den Wochentagen Dienstag und Donnerstag: von 07.30 Uhr bis 18.00 Uhr inkl. morgendlichen schulischen Blockzeiten wie bisher und inkl. nachmittäglichen schulischen Blockzeiten von 13.30 bis 15.15 Uhr.

Diese Zeiten sind vergünstigungsberechtigt. Das Angebot kann grösser sein, es werden jedoch keine Vergünstigungen gewährt. Montag, Mittwoch und Freitag bleiben unverändert. Dies ist das Resultat unserer Befragungen. Dienstag und Donnerstag soll das Angebot bis 18.00 Uhr dauern, ohne die erste Stunde am Morgen. Nach unseren Umfragen besteht dafür kein Bedarf. Wir sind überzeugt, dass ein Angebot von 7.30 Uhr bis 18.00 Uhr den Bedarf der meisten Eltern abdeckt. Rosi Magon hat die grosse Herausforderung bei den Blockzeiten angesprochen. Ich habe nicht gehört, dass es nicht geht. Herausforderungen sind da, um sie zu bewältigen. Die Blockzeiten am Nachmittag dienen nicht nur den berufstätigen Eltern, sondern allen Eltern, welche eine Kinderbetreuungspflicht haben. Sie sind einmal 2 Stunden von dieser entbunden. Das ist der grosse Vorteil gegenüber der Vorlage des Gemeinderates. Ich bin nicht betroffen, ich habe nur eine Tochter. Ich habe immer wieder festgestellt, dass ein Kind um 13.30 Uhr geht und 15.00 Uhr zurückkommt, das andere geht um 15.00 Uhr und kommt um 17.00 Uhr zurück. Dies belastet alle Beteiligten, nicht nur die Berufstätigen. Ich bitte unserem Abänderungsantrag zuzustimmen.

Karin Hefti (FDP): Als berufstätige Mutter mit zwei Kindern spreche ich aus Erfahrung. Diese sind mittlerweile 15 und 17 Jahre alt, persönlich bin ich nicht mehr betroffen. Mein Mann und ich haben zusammen immer 150% gearbeitet und benötigten familienexterne Betreuung. Am Anfang an drei, später an zwei Tagen. Wir haben die verschiedensten Arten externer Kinderbetreuung benutzt, wie Tagesmutter, Kinderkrippe, Nanny, Mittagstisch, Nachbarn und Grosseltern, Ferienbetreuung Arbeitgeber, Home Office als Unterstützung. Wir haben erlebt, wie wichtig möglichst lange Blockzeiten sind. Bis 2009/2010 wurden Blockzeiten nur am Montag / Mittwoch / Freitag von 09.00

bis 11.00 Uhr angeboten. Dann wurden sie geändert auf 08.20 bis 11.00 Uhr. Ich habe selbst erlebt, wieviel dies bringt, unabhängig ob man berufstätig ist oder nicht.

Was sind Erfolgsfaktoren für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie? Hilfreich sind flexible Arbeitszeitmodelle. Auftrag und Ertrag müssen stimmen, einerseits ideell, andererseits finanziell. Die Eltern müssen sicher sein, dass die Kinder während den Arbeitszeiten gut betreut sind. Eltern wollen während der Schulzeit der Kinder arbeiten, die schulfreie Zeit will man mit den Kindern verbringen. Es sollten möglichst wenige Betreuungs-Puzzles zusammengesetzt werden müssen. Es ist stressig, wenn einzelne Randstundenbetreuungen benötigt werden.

Die Nachfrage nach familienexterner Betreuung bei Primarschulkindern ist vor allem an Tagen, an denen die Kinder am Nachmittag gemeinsam Schule haben da, eine kurze Mittagspause ist ebenfalls hilfreich. Beliebte Arbeitstage für die Kinderbetreuung sind daher Dienstag und Donnerstag, gefolgt von Montag und eventuell Freitag. Der Mittwoch wird wenn immer möglich vermieden. Eher seltener gefragt ist die Randstundenbetreuung am Morgen vor der Schule, dies ist ein zusätzliches Betreuungs-Puzzle und kann Stress bedeuten. Ich musste die Arbeitstage aufgrund der Stundenpläne jährlich anpassen. Ohne meinen flexiblen Arbeitgeber wäre dies nicht möglich gewesen. Viele Arbeitstätige können die Arbeitstage nicht einfach ändern.

Blockzeiten mit wenig Fixstunden, insbesondere am Nachmittag, erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Erweiterte Blockzeiten packen das Übel an der Wurzel an und erhöhen die Planungssicherheit. Fixe, relativ grosse Schulzeitenblöcke würden die Betreuung der Kinder massiv erleichtern. Hier greift unsere Motion in die Stundenplangestaltung der Schule ein. Wir fordern mit unserem Änderungsantrag am Dienstag- und Donnerstagnachmittag fixe Blockzeiten und Tagesstrukturen bis 18.00 Uhr. Meine Abklärungen haben ergeben, dass die Gemeinden in ihrem Vorgehen relativ frei sind. Gemäss BKS können die 24 Lektionen der ersten und zweiten Klasse Primarschule in Blockzeiten unterrichtet werden. Dies ist möglich mit fünf Vormittagen à 4 Stunden und zwei Nachmittagen pro Woche. Von der dritten bis sechsten Klasse ist die Stundenplantafel grösser, auch hier wäre der Blockzeitenunterricht an fünf Vormittagen und zwei bis vier Nachmittagen möglich.

Wir stellen noch einen Zusatzantrag: „Dem Einwohnerrat ist im 1. Quartal 2019 Bericht zu erstatten bezüglich Tagesstrukturen und Blockzeiten.“ Ich kann mir vorstellen, dass vor allem für den Montag eine Nachfrage besteht. Somit haben wir 2019 aufgrund der gemachten Erfahrungen die Möglichkeit, das Angebot anzupassen. Schulen mit fixen Blockzeiten am Nachmittag erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbe-

sondere bei Familien mit zwei und mehr Kindern, erheblich und sind ein Standortvorteil. Ich bitte den Einwohnerrat, den Änderungsantrag zum Antrag 2 und den Zusatzantrag betreffend Berichterstattung zu unterstützen.

Barbara Scheidegger (CVP): Meine Nachbarin ist Lehrerin der 1. und 2. Klasse. Ich habe ihre Meinung bezüglich Blockzeiten am Dienstag- und Donnerstagnachmittag abgeholt. Aus ihrer Sicht ist es prinzipiell möglich, aber auf Kosten der Kinder. An diesen zwei Nachmittagen findet ein Halbklassenunterricht statt und die Lehrkräfte können in der kleinen Gruppe Schüler individuell fördern. Dies wird von den Eltern meistens sehr geschätzt. Mit der Ausdehnung der Blockzeiten auf diese zwei Nachmittage ist kein Halbklassenunterricht mehr möglich. Dies macht die Organisation für die Eltern einfacher, auf der anderen Seite erleiden die 1. und 2. Klässler eine Qualitätseinbusse. Wir haben das Reglement geprüft und wir haben Verständnis für die ausführlichen Bestimmungen. Die Absicht ist erkennbar, eine gerechte Tarifvergünstigung zu ermöglichen. Wir hoffen, dass die Bestimmungen so gemacht sind, dass die Anträge effizient und einfach durch die Verwaltung bearbeitet werden können. Unglücklich sind wir über die Formulierungen, das ist pure Bürokratie. Eltern werden viel Zeit benötigen um zu verstehen, um was es geht. Allenfalls kann das Reglement bei einer Überarbeitung verständlicher formuliert werden.

Wir möchten den Zusatzantrag der FDP zu Punkt 6.2 ausführlicher formulieren: „Der Gemeinderat erstattet jährlich Bericht an den Einwohnerrat mit den neuesten Zahlen über die Ausnutzung der Betreuungsangebote, über die Qualitätsprüfung der Betreuungsangebote, über die Entwicklung der Kosten und über eventuelle Korrekturmassnahmen.“ Die Kinderbetreuung ist eine Baustelle. Es muss sich zeigen, wo ein grösseres Angebot nötig ist, wo es nicht genutzt wird, damit es jederzeit angepasst werden kann.

Rahel Downey (SP): Aufgrund der Äusserungen von Barbara Scheidegger erscheint mir der Antrag der FDP, den Halbklassenunterricht zu streichen, problematisch, da er mit Qualitätseinbussen für die Kinder verbunden ist. Eine Stelle zu finden, wo nur am Dienstag und Donnerstag gearbeitet werden kann, ist unmöglich. Es gibt unzählige Varianten von Arbeitsstellen, teilweise muss wohl auch früher mit Arbeiten begonnen werden. Ich selbst würde mein Kind nicht so früh am Morgen bringen. Wir haben den Kontakt mit der Bevölkerung gesucht, es besteht ein Bedürfnis. Es wird auch am Freitag und am Montag gearbeitet. Am Mittwoch wird mehrheitlich nicht gearbeitet. Ein

Angebot muss ganzheitlich sein. Die Kitas haben ebenfalls Angebote oder ein Drittanbieter bietet es an. Diejenigen, welche am Dienstag und Donnerstag arbeiten profitieren von den Subventionen, die anderen nicht. Aus meiner Sicht absolut unfair. Wir stimmen der Vorlage mit einem klaren Ja zu.

Martin Gautschi (FDP): Im Kanton Zürich wird das durch unsere Partei vorgestellte Modell erfolgreich umgesetzt. Es ist effizient und bedarfsgerecht bezüglich Wirtschaftlichkeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Speziell dann, wenn in kleinen Schritten begonnen wird und mit dem Mittagstisch kombiniert werden kann.

Rahel Downey (SP): In unserer Fraktion ist eine Lehrerin, welche bis zu ihrer Pensionierung im Kanton Zürich Schule gegeben hat. Die Aussage von Martin Gautschi stimmt so nicht. Im Kanton Zürich wird am Nachmittag ein Hort angeboten, sie haben nicht an zwei Nachmittagen Schule.

Martin Gautschi (FDP): Das Modell wird in einzelnen Gemeinden im Kanton Zürich mit Erfolg umgesetzt.

Ruedi Kumin (EVP): Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen wird immer eine grosse Herausforderung sein, egal was wir machen. Ich habe drei Kinder im Schulalter und es gibt immer etwas zu bemängeln. Die EVP befürwortet die Anpassungen und unterstützt auch die vergünstigte Tarifstruktur. Diese ist angemessen und fair. Die Bedarfsabklärung für die Blockzeiten ist auch für mich eher mager ausgefallen. Die Gründe kann ich nicht nachvollziehen. Problemlos hätte jedem Kind ein Fragebogen mit nach Hause gegeben werden können und die Nutzer wären direkt erreicht worden. Es wäre mehr möglich gewesen, um genauere Zahlen zu erhalten. Ungelöst ist immer noch das Angebot während den Ferien, wir sprechen von rund 8 Wochen pro Jahr. Die Ferienzeit stresst mich immer sehr, eben weil die Betreuung nicht gelöst ist. Ich finde das Gesamtpaket spannend und bin auf die Beschlüsse gespannt.

Martin Schibli (EVP): Die FDP befürchtet, dass Angebote ohne Bedarf geschaffen werden. Was passiert, wenn gewisse Angebote nicht genutzt werden?

Matthias Zehnder (SP): Eine Ergänzung zur mageren Bedarfsabklärung, ich mache einen Vergleich mit dem Öffentlichen Verkehr. Dieser hat erst seit Einführung des Taktfahrplans so grossen Erfolg. Ich kenne diverse Eltern, die das Angebot nie in Anspruch

genommen haben, weil es nicht passt. Mit einem grösseren Fenster wird es attraktiver und wir haben Vorteile im Standortwettbewerb.

Rosi Magon, Vizegemeindepräsidentin (SP): Die detaillierte Auseinandersetzung mit der Vorlage freut mich und zeigt, wie wichtig eine Ergänzung des Angebotes ist. Windisch war eine der Pioniergemeinden, welche die Blockzeiten, den Mittagstisch eingeführt hat. Von 7.30 bis 13.30 Uhr ist die Betreuung gewährleistet. Wir können auch froh sein, dass wir so viele professionell geführte Kitas in Windisch haben. Mit diesem ergänzenden Angebot, nicht nur für Vorschulkinder, sondern auch für Schulkinder, können Kinder ab 13.30 Uhr betreut werden.

Zum Votum von Karin Hefti: Mit dieser Vorlage gibt es keine Probleme mehr bei der Betreuung der Kinder. Diese ist modular aufgebaut. Ehrlicherweise muss ich zugeben, dass mein Hintergrund Italien ist, welches ein ganz anderes Schulsystem hat. Hier geht man von 08.30 bis 13.30 oder 14.30 Uhr zu Schule. Diesen Blockunterricht kennen wir in der Schweiz nicht. Den Halbklassenunterricht an den Nachmittagen wollen wir beibehalten, wir sind auch bereit, die Blockzeiten zu finanzieren. Unser Angebot gibt eine Planungssicherheit. Aufgrund des Stundenplans muss niemand mehr seine Arbeitstage ändern, weil von 06.30 bis 18.00 Uhr eine Betreuung sichergestellt ist. Diese wird vor Ort in den Schulhäusern Dohlenzelg und im Schulhaus bei der Kirche angeboten.

Zur Frage von Martin Schibli: Das Angebot wird wohl nicht von Beginn an genutzt werden. Die meisten Eltern sind organisiert, sind sie mit der Situation zufrieden, werden sie diese nicht ändern. Die Zunahme wird langsam erfolgen. Ist das Angebot nicht ausgelastet, wird es nur an einem Standort oder durch einen Drittanbieter angeboten. Die Zeiten, wo die Betreuung laufend angepasst werden musste, sind vorbei. Unser modulartiges Angebot steht wie in der Vorlage beschrieben. Wurde durch die FDP der Bedarf für den Dienstag- oder Donnerstagnachmittag abgeklärt, sind dies die richtigen Tage? Was machen Eltern, welche am Montag oder Freitag eine Betreuung benötigen? Der Antrag ist nicht durchdacht. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Aufgrund der vorhandenen Ressourcen wurden nur Eltern angeschrieben, welche die Angebote bereits nutzen. Eine grössere Umfrage und deren Auswertung hätten hohe Kosten verursacht. André Gigandet hat die Befragung durchgeführt und die Auswertung erstellt. Sie ist nicht gross, aber systematisch korrekt. Die Zahlenakrobatik von Philipp Umbricht hat mich beeindruckt, nur sie geht in die falsche Richtung. Unsere Resultate können auch hochgerechnet werden. Der Antrag der FDP ist ei-

gentlich ein Rückweisungsantrag. Bei einer Annahme kennen wir die finanziellen Konsequenzen nicht, ebenso wenig kennen wir die Auswirkungen auf die Raumbellegung. Gerne möchte ich, dass sich unser Schulleiter Philipp Grolimund zur Zimmerbellegung und zu den Stundenplänen äussert. So einfach ist der Antrag der FDP nicht umsetzbar. Der Zusatzantrag CVP verlangt eigentlich ein Controlling. Ich bitte diesen abzulehnen, wir werden jeweils im Rechenschaftsbericht über die Auslastung und das weitere Vorgehen informieren.

Marco Valetti (SVP): Aktuell werden die Kinder von 7.30 Uhr bis 13.30 Uhr betreut, die restliche Zeit bis 18.00 Uhr wird durch die Kitas abgedeckt. Wer sind die Drittanbieter? Wo findet die Betreuung von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr statt? Sind das mehrere Drittanbieter pro Schulhaus oder Standort?

Pascal Schlegel (SVP): Der Antrag des Gemeinderates schafft falsche Anreize. Er geht gegen die Familie und ermuntert die Eltern ihre Kinder nicht selber zu betreuen, sondern betreuen zu lassen.

Rosi Magon, Vizegemeindepräsidentin (SP): Wir wollen den Familien verschiedene Lebensweisen ermöglichen. Die Familie entscheidet, wer und wie die Kinder betreut werden. Das Gemeinwesen hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche den Familien mögliche Lebensvorstellungen ermöglichen.

Das Angebot der Drittanbieter findet an den Standorten der Schule statt. Die ortsansässigen Kitas haben die Möglichkeit, dieses Angebot zusammen zu übernehmen. Diese decken dann von 13.30 bis 18.00 Uhr im Schulhaus bei der Kirche und im Dohlenzelg das Angebot ab, ebenso am Morgen von 06.30 bis 08.15 Uhr.

Marco Valetti (SVP): Schliessen sich die Kitas nicht zusammen, werden die bestehenden Angebote konkurrenziert.

Rosi Magon, Vizegemeindepräsidentin (SP): Wir haben einen Normtarif festgelegt. Das Kinder- und Familienbetreuungsgesetz verpflichtet, die Eltern unabhängig vom Betreuungsort zu unterstützen. Kinder im Simsala werden weiterhin durch das Simsala betreut, zusätzlich kommen neue Kinder dazu. Es gibt keine Konkurrenzierung, der Normtarif muss von Allen angewendet werden.

Nadine Fischer (SP): Ich bin eine direkt betroffene Familienfrau, die bis vor kurzem mit drei Kindern, zwei davon schulpflichtig, in Teilzeit gearbeitet hat. Wenn ich arbeite und die Betreuung meiner Kinder bezahle empfinde ich es als fair, wenn ich Subventionen erhalte. Ich muss mein Einkommen versteuern, was bei einer Frau, welche zu Hause arbeitet, nicht der Fall ist. Familien, wo beide Elternteile erwerbstätig sind, bezahlen mehr Steuern, als Familien mit nur einer erwerbstätigen Person.

Ich habe im Gesundheitswesen gearbeitet, ein Bereich mit sehr grossem Fachkräftemangel. Die Probleme werden noch grösser, wenn ich nur am Dienstag oder Donnerstag arbeiten kann. Ich habe bis jetzt sieben Jahre gearbeitet, aber nie an einem Dienstag oder Donnerstag, dies war aus betrieblichen Gründen nicht möglich. Ich habe immer Montag und Freitag gearbeitet, hatte keine Möglichkeit später aus dem Haus zu gehen oder früher nach Hause zu kommen. Im Gesundheitswesen gibt es eine Früh-, Mittel-, Spät- und Nachtschicht. Ich musste diese Dienste gemäss Einsatzplan übernehmen und konnte nicht einfach eine Stunde später kommen. Ich bitte gesamthaft für alle in Windisch lebenden Menschen zu denken und nicht nur an diejenigen, welche in der Wirtschaft tätig sind und flexiblere Arbeitszeiten haben. Alle, welche es brauchen, sollen die Kinderbetreuung nutzen können.

Karin Hefti (FDP): Noch eine Anmerkung zum Dienstag, dieser Tag basiert auf einer pragmatischen Überlegung. Vor rund fünf Jahren wurde am Dienstag und Donnerstag probeweise eine Randstundenbetreuung bis 18.00 Uhr angeboten. Dies wurde sehr schwach benutzt und dann aufgehoben. Deshalb wollen wir das Angebot mit der Schule am Nachmittag kombinieren. Wir müssen klein starten. Wird das Angebot genutzt bin ich völlig offen, dieses in 1 ½ Jahren auf den Montag und Freitag zu erweitern. Mir war bis heute nicht bewusst, dass die Blockzeiten der 1. und 2. Klässler bis 12.00 Uhr angeboten werden.

Paul Bitschnau (SP): Diskutiert man mit Leuten aus Deutschland, Schweden, Norwegen, Finnland oder Dänemark über dieses Thema, erntet man ein grosses Lachen, die verstehen uns nicht. Wir diskutieren über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. An den Strassenrändern hängen schöne Plakate und dann diskutieren wir über Punkte, welche in anderen Ländern seit zwanzig, dreissig, vierzig Jahren „state-of-the-art“ sind. Das ist sehr eigenartig. Ich bitte den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. Frauen und Männer bestimmen Beruf und Familie frei.

Persönlich finde ich die Vorlage etwas mutlos. Die Stadt Zürich will alle Schulen zu Tagesschulen umfunktionieren. Das wäre eine Sensation gewesen und wir hätten uns

weit über die Kantonsgrenze hinaus profiliert. Ich bin überzeugt, Firmen im Birrfeld, PSI, Baden, würden dieses Angebot nutzen und Leute würden von Zürich nach Windisch ziehen und hier Steuern bezahlen. Diese bezahlen nicht wenig Steuern, vor allem wenn sie noch Doppelverdiener sind.

Rosi Magon, Vizegemeindepräsidentin (SP): In den Gesprächen mit den Kitas haben wir die Rückmeldung erhalten, dass sie das Angebot begrüßen. Es konkurrenziert dieses nicht, es ist eine Ergänzung. Die Kitas sind Spezialisten und Spezialistinnen für Kinder im Vorschulalter. Kommen jetzt auch Kinder bis in die dritte oder vierte Klasse, dann beisst sich das manchmal gegenseitig bei der Betreuung. Ältere Kinder haben einen anderen Betreuungsbedarf und es braucht zusätzliche Möglichkeiten.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Wird aufgrund der Rückmeldung von Vizepräsidentin Rosi Magon an den beiden Zusatzanträgen festgehalten?

Karin Hefti (FDP): Ich ziehe den Antrag zurück.

Barbara Scheidegger (CVP): Ich ziehe den Antrag zurück.

Offene Abstimmung

Gegenüberstellung Antrag Philipp Umbricht (FDP) und Antrag Gemeinderat:

Antrag Philipp Umbricht (FDP)	10 Stimmen
Antrag Gemeinderat	26 Stimmen

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Reglement «Familienergänzende Kinderbetreuung» wird genehmigt.

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen wie folgt:

B e s c h l u s s :

Der Ausbau des vergünstigten Angebots auf den ganzen Tag wird genehmigt.

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen wie folgt:

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat wird zum Abschluss eine Leistungsvereinbarung mit einem Drittanbieter zur Umsetzung der Tagesbetreuung an den bisherigen Standorten ermächtigt.

3 2017.31
Musikschule; Genehmigung Reglement und Vergünstigungen

(Botschaft vom 14. August 2017)

Rosi Magon, Vizegemeindepräsidentin (SP): Grundlage dieses Geschäftes ist der 2012 angenommene Verfassungsartikel zur Stärkung der musikalischen Bildung. Kindern und Jugendlichen soll bis zum Abschluss der Erstausbildung der Zugang zur musikalischen Bildung ermöglicht werden, indem bei der Festlegung der Tarife die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten berücksichtigt wird. Der Musikunterricht wird bereits vergünstigt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird jedoch nicht berücksichtigt. Die Situation wird mit dieser Vorlage angepasst und die unteren und mittleren Einkommen sollen stärker unterstützt werden. Die Organe der Schule unterstützen diesen Vorschlag. Das Reglement enthält Fehler, diese wurden erst am Wochenende bemerkt. Die Korrekturen liegen vor und ich beantrage die Vorlage zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Pia Stammler (SP): Die SP-Fraktion freut sich, dass der Instrumentalunterricht bei Leuten mit tieferen Einkommen besser subventioniert werden soll. Sinnvoll ist, dies speziell bei Kindern in der Unter- und Mittelstufe zu machen. Der Kanton hat diese Stufe bisher nicht unterstützt. Auch beim Musikschulreglement müssen wir die Leserlichkeit kritisieren. Wie müssen Eltern, die Anspruch auf Vergünstigungen haben, vorgehen? Müssen sie sich durch das Reglement kämpfen um ihren Anspruch zu klären oder werden sie informiert? Die SP-Fraktion stimmt dieser Vorlage zu.

Peter Vismara (FDP): Grundlage bildet ein verfassungsrechtlicher Auftrag für die musikalische Förderung in der Schule. Die Umsetzung des Auftrages ist zweckmässig, die finanzielle Belastung für Kanton und Gemeinden einerseits und Erziehungsberechtigte

andererseits ausgewogen. Wer eine musikalische Ausbildung macht, nimmt etwas für sich selbst mit und die Musik spielt im späteren Leben eine Rolle. Entweder man spielt alleine oder macht in einer Gruppe Musik, um sich selbst oder anderen eine Freude zu bereiten. Als Trompetenschüler der Musikschule der Bezirksschule Endingen kann ich einige Erfahrungen mitbringen. Vor rund fünfzig Jahren wurde ich ausgebildet, ich profitiere davon bis heute. Ich bin immer noch aktives Mitglied der Musikgesellschaft Eintracht, spiele aber heute Euphonium. Das Musizieren ist mir wichtig, die Musik und das gemeinsame Musizieren machen mir Freude. Die FDP unterstützt die Vorlage.

Algimantas Gegeckas (CVP): Musik bildet den Mensch. In einer Zeit, wo alles elektronisch, rechnerisch oder kopflastig erledigt wird, ein wichtiger Punkt. Dies ist die Haltung unserer Fraktion. Ich schliesse mich Peter Vismara an. Ich habe in der Stadt Zürich die ersten zwei Jahre Flöte gespielt und dies ist bis heute geblieben.

Werner Rupp (SVP): Die SVP freut sich über die Umsetzung des Verfassungsartikels. Wir stimmen dem Antrag zu.

Rosi Magon, Vizegemeindepräsidentin (SP): Die Anpassung des Anmeldeformulars müssen wir noch prüfen. Dieses muss überarbeitet werden.

Pia Stämmler (SP): Dies muss vor der Anmeldung erledigt werden. Das Interesse der Eltern steigt, wenn sie wissen, dass es finanzierbar ist.

Rosi Magon, Vizegemeindepräsidentin (SP): Ich nehme dies so entgegen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen wie folgt:

B e s c h l u s s :

Die Einführung von zusätzlichen Vergünstigungen der Musikschultarife ab Schuljahr 2018/19 wird genehmigt.

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt:

B e s c h l u s s :

Das Musikschulreglement wird genehmigt.

4 2017.40

Schaffung Fachstelle Integration in der Gemeinde Windisch

(Botschaft vom 21. August 2017)

Christoph Häfeli, Gemeinderat (SP): Die neunjährige Geschichte des Treffpunkts Integration wird in der Vorlage und im Konzept aufgezeigt. Für Windisch eine Erfolgsgeschichte, viel nachhaltige Integrationsarbeit wurde geleistet. Als Beispiel erinnere ich an die wichtigsten Ziele des Pilotprojekts. Diese wurden stark von den Bedürfnissen der Schule und vom Thema Frühförderung abgeleitet. In diesen Zielen stand: „Sprachförderung der Kinder im Vorkindergartenalter, Bedarf an therapeutischen Interventionen im Kindergarten nimmt deutlich ab und drittens, Anzahl geglückter Schuleinstiege nimmt deutlich zu.“ Unsere Schule war qualitativ mit der Zusammenarbeit mit dem TPI und den Vernetzerinnen sehr zufrieden. Quantitativ konnten ebenfalls Erfolge verzeichnet werden. Der TPI zeigte öffentlich viel Präsenz, beispielsweise bei den Neuzuzügeranlässen, Jugendfesten, Elternabenden und hat die Integration als Dauerauftrag in der Bevölkerung verankert. Trotzdem, wir haben gewusst, dass 2017 für den Treffpunkt ein Schicksalsjahr sein wird. Der vom Einwohnerrat gesprochene Kredit läuft aus und die Fortsetzung des Kantonalen Integrationsprogramms war erst im Juni 2017 gesichert. Die engagierte Leiterin Kathrin Potratz wird Ende Jahr pensioniert. Aus finanziellen Gründen ist Birr 2017 ausgestiegen. Trotz verschiedener Workshops war es nicht möglich, kleine Gemeinden für eine Mitarbeit zu motivieren. Sehr entscheidend war, dass Brugg keine substanziellen Zusagen für eine weitere regionale Zusammenarbeit mehr gemacht hat. Der Gemeinderat hat deshalb entschieden, den Betrieb des TPI per Ende 2017 einzustellen. Unbestritten war, den Bereich Integration in anderer Form für Windisch weiterzuführen. Der Gemeinderat beantragt eine 20-25% - Stelle, welche dem Sozialdienst angegliedert wird. Punktuelle Einsätze der Vernetzerinnen und eine neue Netzwerkgruppe werden die Arbeit begleiten. Das Konzept ist noch sehr breit und umfassend. Es wird sich zeigen, was, wann, wie und wie häufig umsetzbar ist. Die Deutschkurse führen wir weiter, ebenso den Eltern-Kind-Treff, der eine konstante Beteiligung hat. Die Kosten sind etwas höher als bisher. Unser Projekt gilt nicht mehr als regionale Anlaufstelle und wir

erhalten keine Subventionen mehr. Für einzelne Projekte, beispielsweise für den Eltern-Kind-Treff, können weiterhin Kantonsbeiträge beantragt werden. Unser Alleingang hat den Vorteil, dass wir frei entscheiden und steuern können. Synergien mit dem Sozialdienst können genutzt werden. Es wird weiterhin möglich sein, regional und speziell mit Brugg Informationen auszutauschen, auch in einzelnen Bereichen zusammenzuarbeiten. Ist in Brugg das weitere Vorgehen klar, sind allenfalls in den nächsten Jahren wieder gemeinsame Weiterentwicklungen möglich. Ich bitte den Einwohnerrat dem Bruttokredit zuzustimmen. Neuzuzüge von Familien mit Migrationshintergrund wird es immer geben. Unser Ausländeranteil von 30% wird sicher nicht sinken, sondern eher zunehmen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Bernhard Stüssi (SVP): Wer in ein neues Land kommt, hat sich den Gesetzen, Gebräuchen und Gepflogenheiten anzupassen. Die Integration ist von unserer Seite dringendst erwünscht. Gut ist, wenn integrierte Menschen nicht integrierten Menschen unsere Gesetze und Gebräuche näher bringen. Das gute Angebot des Treffpunkts Integration soll mit der Fachstelle Integration weitergeführt werden. Wir sind mehrheitlich zuversichtlich, dass dies bei der Integration und dem Zusammenleben in Windisch hilft. Wir befürchten, dass auch bei dieser Stelle, wie bei anderen Verwaltungsstellen, schon nach kurzer Zeit das Pensum erhöht werden muss und die Kosten steigen. Gemeinderat und Einwohnerrat sind in der Pflicht dies zu kontrollieren. Eine Mehrheit der SVP-Fraktion unterstützt die Schaffung der Fachstelle Integration.

Andrea Höbel (CVP): Windisch ist gezwungen, denn äusserst erfolgreichen Treffpunkt Integration zu schliessen, unter anderem aus Spargründen in Birr und Brugg. Es ist nicht unser Problem, wie diese Gemeinden die Zukunft gestalten. Für uns ist wichtig, dass der Gemeinderat das Bedürfnis und die Notwendigkeit der Integrationsarbeit, bei einem Ausländeranteil von rund 30%, ernst nimmt. Wie die Stellenaufstockung von mindestens 20% bei den schon bestehenden Überstunden organisatorisch besetzt werden soll, überlassen wir der Verwaltung. Wir wissen um die Fähigkeiten und die gute Arbeit von Priska Schreiber, Leiterin Sozialdienst, und den Vernetzerinnen. Die Ausgaben von jährlich CHF 37'000.00 bedeuten gegenüber heute nur eine Erhöhung von ca. CHF 10'000.00. Integration heisst Folgekosten einsparen. Die CVP unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Ligia Vogt (SP): Der Treffpunkt Integration ist ein wichtiges, lokales, sogar kantonales Projekt. Leider hat dieses seine positive Wirkung verloren. Das wichtigste sind die Leute, sie brauchen Unterstützung damit die Integration gelingt. Was sind unsere Integrationsstrategien? Weshalb sparen wir Geld am falschen Ort? Was nützt uns ein perfektes, teures Gebäude, wenn wir die Integration vernachlässigen. Die gute Arbeit des Treffpunkts Integration wird nun einfach eingestellt. Wie fliessen die gemachten Erfahrungen in die zukünftige Integrationsarbeit ein? Zum Beispiel in Aspekten wie Professionalisierung, Prävention statt Heilung, Nachhaltigkeit oder Budget. Warum wird die Integration wie ein Aschenputtel behandelt? Unsere Fraktion hat beschlossen, den Antrag abzuändern: Die Gemeinde Windisch schafft die Fachstelle „Integration Windisch“ ab 1. Januar 2018 mit mindestens 40 Stellen Prozent mit Kosten von rund CHF 74'000.00 pro Jahr.

Peter Vismara (FDP): Wir haben es mehrmals gehört, eine Weiterführung des Treffpunkts Integration ist in der bestehenden Form nicht mehr möglich. Der Gemeinderat beantragt die Schaffung einer Fachstelle Integration Windisch, damit diese wichtige Aufgabe, die auf Vorgaben des Bundes basiert, für Windisch weitergeführt werden kann. Die FDP erachtet die vorgeschlagene Lösung für Personen mit Migrationshintergrund als sinnvoll, hilfreich und von den Kosten her vertretbar. Möglicherweise können Kosten im Sozialbereich verhindert oder reduziert werden. Wir erwarten im Budget 2019 einen ersten Bericht über die Arbeit und die Nutzung der Integration in Windisch. Wir stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Ruedi Kumin (EVP): Mit dem Treffpunkt Integration geht ein Stück Geschichte zu Ende. Von Beginn an durfte ich mitarbeiten und mitgestalten. Es war ein spannendes, lebendiges Projekt. Die Änderung, der Alleingang hat sich abgezeichnet. Wir teilen die Haltung des Gemeinderates und finden das vorgelegte Konzept sehr gut. Es ist schmaler, aber enthält die notwendigsten Elemente für die Integrationsarbeit. Es ist keine Frage, wir sagen Ja dazu. Kathrin Potratz danken wir herzlich für ihre gute Arbeit in den letzten acht Jahren. Sie hat dem TPI ein unwahrscheinlich gutes Gesicht gegeben.

Miriam Aebischer (SP): Ich begrüsse, dass Windisch im Bereich Integration weiterhin aktiv ist. Wir haben uns gefragt, wie die Aufgaben mit einem Pensum von 20% bewältigt werden können. Alleine die Bereiche Information und Beratung decken diese 20 Stellenprozente ab. Die restlichen Bereiche sind aber ebenso wichtig, um unserem Ausländeranteil von 30% gerecht zu werden. Ich bitte für diese Stelle ein höheres Pensum zu

bewilligen. Eine Ausschreibung mit einem Pensum von 40% führt zu besseren Bewerbungen. Ein Pensum von 20% wird nebenbei geleistet und wird der Aufgabe nicht gerecht. Wir rechnen mit Kosten von CHF 74'000.00, weil wir uns nicht sicher sind, ob sich auch die Kosten verdoppeln. Es ist sehr wichtig, dass diese Stelle 40% umfasst, damit die Aufgabe ernsthaft erfüllt werden kann.

Bernhard Stüssi (SVP): Wir unterstützen den Antrag, weil er fundiert ist und die bisherige Arbeit in einem ähnlichen Rahmen weitergeführt wird. Nicht erwartet hätte ich, dass bereits heute eine Stellenerhöhung beantragt wird. Ich bitte sehr darum, beim Vorschlag des Gemeinderates zu bleiben.

Philipp Umbricht (FDP): Ich bitte die von der SP beantragte Verdoppelung abzulehnen. Die Aufgaben der Stelle sind in der Botschaft umschrieben, welche nach Auffassung des Gemeinderates mit einem Pensum von 20-25% erledigt werden können. Wäre dies nicht der Fall, dürfte er den Antrag nicht so stellen und wir dürften noch weniger zustimmen. Die Stelle ist gemäss Antrag zu bewilligen und wir sehen was die Zukunft bringt.

Mirjam Aebischer (SP): Wer soll diese 20% übernehmen, gibt es diesbezüglich Vorstellungen?

Christoph Häfeli, Gemeinderat (SP): Besten Dank für die positiven Voten. Ich schaffe gerne eine 40%-Stelle, an Aufgaben würde es nicht fehlen. Der Treffpunkt Integration war in den letzten Jahren hart umstritten, die Entscheide sehr knapp. Der Gemeinderat hat sich nach den politischen Machbarkeiten ausgerichtet. Wichtig war, dass die Integrationsarbeit weitergeführt wird. Wir werden die Entwicklung im Auge behalten. Sollten es die Bedürfnisse und die Situation erfordern, werden wir eine Erhöhung der Stellenprozente prüfen. Die Stelle wird nicht einfach zu besetzen sein, es gibt jedoch Lösungsansätze innerhalb des Sozialdienstes.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich bitte Priska Schreiber das Konzept zu erläutern.

Priska Schreiber, Leiterin Sozialdienst: Wir beantragen eine Projektstelle von 20-25%. Projekte werden lanciert und betreut. Während den Schulferien war der Treffpunkt Integration geschlossen, dies wird auch in Zukunft so sein. Ausserhalb der Schulferien steht somit ein Pensum von rund 30% zur Verfügung. Integration beschäftigt uns jeden

Tag, auch im Bereich der Sozialhilfe. In der Verwaltung arbeiten einige Mitarbeitende mit Migrationshintergrund. Wir können ungefähr sieben Sprachen abdecken. Auch bei der Familienberatung ist Integration ein Thema, diese Synergien können wir ebenfalls nutzen. Geplant ist, dass eine Mitarbeiterin im Rahmen dieser Stellenprozente die Fachstelle Integration übernimmt.

Bruno Schmid (SVP): Von diesen 30% Ausländern sind nicht alle in den letzten ein bis zwei Jahren in die Schweiz gekommen. Gibt es eine Möglichkeit, aus diesen 30% Ausländern Leute zu motivieren, welche mithelfen, Neuankommende zu integrieren?

Offene Abstimmungen

Gegenüberstellung Anträge SP / Gemeinderat

Auf den Antrag der SP entfallen	15 Stimmen
Auf den Antrag Gemeinderat entfallen	25 Stimmen

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt der Schaffung der Fachstelle «Integration Windisch» ab 01. Januar 2018 zu und bewilligt die jährlichen wiederkehrenden Kosten von brutto CHF 37'000.00.

5 2017.43

Festsetzung der Entschädigungen für die Amtsperiode 2018/2021

(Botschaft vom 5. September 2017)

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Die Höhe der Sitzungsgelder und der Entschädigungen wurde bisher in der konstituierenden Sitzung des Einwohnerrates beraten und beschlossen. Da der Beschluss budgetrelevant ist, sind die Entschädigungen nach Ansicht des Büros vor der Budgetberatung festzulegen. Eine Umfrage bei anderen Gemeinden hat ergeben, dass wir zusammen mit Brugg im unteren Bereich liegen. Obwohl die letzte Erhöhung vor zehn Jahren erfolgt ist, empfehlen wir als kleines Zeichen

unseres Sparwillens die Sitzungsgelder beizubehalten. Der vorliegende Antrag ist auch eine Zusammenfassung der Diskussion unter den Fraktions-Präsidiën. Auch beim Einwohnerrats- und Vizepräsidium sollen die Entschädigungen nicht angepasst werden, im Wissen, dass diese nicht immer dem zeitlichen Aufwand des Präsidiums und allenfalls des Vizepräsidiums entsprechen. Eine Erhöhung beantragen wir für das Präsidium FiGPK und die Mitglieder. Wir verdanken der FiGPK immer wieder ausführliche Berichte mit umfassenden Abklärungen. Das Amt ist sehr zeitintensiv. Es sind nicht nur Budgets, Jahres- oder Kreditabrechnungen, sondern auch die vielen Verpflichtungskredite, die immer wieder geprüft werden müssen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Mirjam Aebischer (SP): Liegt Windisch mit dieser Anpassung der Entschädigung des FiGPK-Präsidiums immer noch auf dem letzten Platz?

Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II: Die Entschädigung ist gleich hoch wie in Brugg.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 40 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Festsetzung der Entschädigung für die Amtsperiode 2018 / 2021 wird genehmigt.

6 2017.42

Rückbau und Verkauf Kompostierplatz; Genehmigung

(Botschaft vom 21. August 2017)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Recycling und Wiederverwertung sind eine gute Sache und integraler Bestandteil der heutigen Abfallverwertung. In diesem Bereich hat sich

in den letzten 10 bis 15 Jahren viel verändert. Die Verwertungen sind effizienter organisiert, was unter anderem zu besseren Recyclingquoten geführt hat. Die Prozesse und Abläufe im Recycling müssen regelmässig überprüft und den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Es hat sich gezeigt, dass unsere eigene Verwertung des Grüngutes nicht mehr zeitgemäss ist. Die Kompostieranlage ist an ihre Kapazitätsgrenzen gestossen und die Betriebsmittel, vor allem der Bagger, müssen demnächst ersetzt werden. Zudem können heute Essensreste und Grüngut effizienter verwertet werden. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, die Kompostieranlage zu schliessen und die Grüngutverwertung neu zu organisieren. Nach einem minimalen Rückbau kann das Areal wieder genutzt werden. Die Gemeinde hat dafür keine Verwendung, erhält jedoch immer wieder Anfragen von lokalen Unternehmen, die Interesse an diesem Standort haben. Der Gemeinderat beantragt deshalb den Verkauf des Areals, damit es einer geeigneten Nutzung zugeführt werden kann. Antrag 3 ist alternativ, falls Antrag 2 abgelehnt wird.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Dave Roth (SP): Ich war letzthin bei Marco Valetti zu Besuch und er hat mich gebeten nach draussen zu kommen um den üblen Geschmack zu riechen. Er erwähnte auch das Problem mit den Fliegen und Vögeln. Stimmen wir diesem Geschäft zu, muss sich Marco Valetti an den Kosten beteiligen. Er kann einfach den Abbruch in Eigenleistung übernehmen. Spass beiseite, dieses Geschäft gab wenig zu diskutieren. Wir wünschen, dass der ökologische Aspekt beachtet wird und das Geschäft gut umgesetzt wird. Gemäss meinen Informationen ist dies sicher. Der nächste Punkt wird kaum jemanden erstaunen. Das Areal kann verkauft oder im Baurecht abgegeben werden. Die Botschaft ist gut abgefasst, nur auf das Baurecht wird nicht eingegangen. Wir sehen darin durchaus Vorteile. Die Möglichkeit bleibt, mitzubestimmen was mit der Parzelle passiert und wie sie überbaut werden soll. Zudem haben wir Landreserven, für welche wir später wieder einen Eigenbedarf haben. Vor dem Bau der Kompostieranlage ging man davon aus, dass dieses Land nie gebraucht wird. Der Verkauf hat eine Reduktion der Schulden zur Folge, die strukturellen Probleme lösen wir nicht. Das Baurecht ist eine gute Sache. Wir bitten nicht den Antrag 2, sondern den Antrag 3 anzunehmen.

Marc Keller (CVP): Wir haben das Geschäft diskutiert und dem Gemeinderat noch einige Fragen unterbreitet. Wohin transportiert die Voegtlin Meyer AG das Grüngut? Gab es eine öffentliche Ausschreibung oder findet in einer zweiten Phase noch eine öffentliche Ausschreibung statt? Die Antworten sind akzeptabel ausgefallen. Der Auftrag mit einer geschätzten Summe von CHF 100'000.00 ist vorerst an die Firma Voegtlin Meyer AG erteilt worden. Eine öffentliche Ausschreibung ist 2018 geplant. Unter diesen Voraussetzungen, die wir überprüfen werden, stimmen wir den Anträgen grossmehrheitlich zu. Aus finanzieller Sicht ist der Verkauf sinnvoll.

Marco Valetti (SVP): Raubvögel sind schön zum Anschauen wenn sie im Himmel kreisen, wenn die Krähen auf meine Fassaden koten, ist dies weniger schön. Wir befürworten den Verkauf dieses Grundstückes. Als Unternehmer erachte ich einen Verkauf als sinnvoller, denn ein Baurecht. Mit einem Zusatzantrag wollen wir bewirken, dass dieses Grundstück überbaut wird. Es darf nicht passieren, dass das Grundstück verkauft wird und der Eigentümer 30 Jahre später eine Motocross-Piste realisiert. Unser Zusatzantrag lautet: „Der Verkauf oder die Abgabe im Baurecht ist nur an einen Käufer mit klaren Bauabsichten zu verkaufen oder im Baurecht abzugeben. Der Vertrag ist so zu gestalten, dass sichergestellt ist, dass ein Bauvorhaben auch umgesetzt wird.“

Stefan Fehlmann (EVP): Wir hatten ähnliche Fragen wie die CVP, Roland Schneider hat uns diese beantwortet. Wir unterstützen den Vorschlag den Kompostierplatz nach Variante 2 zurückzubauen und das Grundstück zu verkaufen.

Bruno Kaufmann (FDP): Es ist eine Tatsache, dass Windisch ungefähr so viel Schulden hat, wie Brugg Vermögen. Unser Steuerfuss ist 16% höher als in Hausen. In den Finanzworkshops haben wir nicht oft einen gemeinsamen Nenner gefunden, eigentlich nur bei den Desinvestitionen. Wir unterstützen die Anträge 1 und 2. Beim Baurecht fragen wir uns, ob der gerechnete Preis dem Markt entspricht. Der Verkauf wird uns mehr Interessenten bringen. Er kann auch an die Bedingung geknüpft werden, dass das Areal überbaut werden muss, damit Steuereinnahmen resultieren. Gut wäre, mehrere Interessenten zu haben. Das Baurecht soll für 50 Jahre abgeschlossen werden. Gibt es beim Baurechtszins Mechanismen, dass dieser je nach Marktumfeld angepasst werden kann? Wenn wir wieder unsere Schuldensituation einbeziehen, erscheint uns diese Option nicht optimal. Wir wollen kein Risiko eingehen und befürworten den Verkauf.

Karin Hefti (FDP): Ein jährlicher Baurechtszins von CHF 20'000.00 erscheint uns für die Dauer von 50 Jahren tief. Mit Hilfe der Rentenformel habe ich dies nachgerechnet auf ca. CHF 30'000.00. Auf mein Mail, wie der Baurechtszins berechnet wird, habe ich noch keine Antwort erhalten. Gemäss Hausverein Schweiz kann der Baurechtszins an die Kostenentwicklung angepasst werden. Weshalb macht der Hausverein andere Vorschläge?

Philipp Umbricht (FDP): Wieder einmal diskutieren wir das Thema Baurecht. Es hat einen guten Aspekt, das Land bleibt in unserem Besitz. Diese Theorie ist während des Baurechtes gut. Erhalten wir das Land nach Ablauf des Vertrages zurück, haben wir einen Nachteil. Sehr wahrscheinlich ist es mit einem Gebäude oder einer Anlage überbaut, das wäre der sogenannte Heimfall. Dies müssen wir zu einem angemessenen Preis zurückkaufen, ob wir es brauchen oder nicht. Unsere Erfahrungen mit Baurechten sind nicht sehr erfreulich. Jährlich zahlen wir CHF 70'000.00 für die Benützung der Liegewiese in der Badi. Das Baurecht wurde gewählt, weil das Geld für den Kauf des Landes fehlte. Mittlerweile haben wir ein Vielfaches dieses Landwertes bezahlt. Ein schlechtes Geschäft für die Gemeinde. Eine zweite negative Erfahrung mit dem Baurecht hatten wir beim Restaurant Müli in Mülligen, welches einmal im Besitz der Gemeinde war. Wir konnten uns nicht für einen Verkauf entscheiden und haben das Restaurant im Baurecht abgegeben. Der Baurechtsnehmer ging Konkurs. Im Konkursverfahren sind wir dann auch das Land gratis losgeworden. Ich warne vor dem Baurecht, das ist ein zweischneidiges Schwert, wie die gemachten negativen Erfahrungen zeigen.

Reto Candinas (SP): Gerade das Beispiel der Badi zeigt, dass das Baurecht für den Besitzer eine sehr gute Sache ist. Wir haben hohe Schulden und Desinvestitionen sind immer gefragt. Aber noch viel grösser, und da waren wir uns schon einig, sind unsere Strukturprobleme. Der Selbstfinanzierungsgrad ist immer wieder ein Problem. Ein Verkauf hilft uns wenig, er reduziert nur vorübergehend die Schulden. Diese steigen mit dem Bau des Schulhauses sofort wieder an. Namhafte Gemeinden, wie beispielsweise Baden, geben Land nur im Baurecht ab. Das hat sich sehr bewährt, gerade wegen der Strukturproblemfrage. Das Baurecht generiert jährlich Einnahmen. In Berücksichtigung dieses Aspektes müssten wir für das Baurecht stimmen.

Mirjam Aebischer (SP): Die neue Bau- und Nutzungsordnung will eine grössere Verdichtung. Weitere neue Einwohner sollen nach Windisch kommen, welche neue oder andere

Bedürfnisse haben. Es ist deshalb grundsätzlich wichtig, das Land zu behalten. Wir besitzen noch ein Stück Land. Der Boden, das einzige Gut, ist knapp. Mit einem Verkauf ist dieser Boden weg und ich würde zukünftigen Generationen gerne noch einen Spielraum lassen.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Der Baurechtszins wird grundsätzlich immer nach den Parametern gemäss Punkt 4.3 der Botschaft berechnet. Es braucht einen Verkehrswert für das Land, in der Regel wird ein Abschlag erhoben und es gibt einen Zinssatz, der im Verhältnis zu einem momentan möglichen Zinssatz steht. Das sind die Parameter. Es sind gewisse Annahmen zu treffen und es ist eine Verhandlungssache. Eine Rolle spielt, wie fest jemand das Land wirklich will. Der Zinssatz ist grundsätzlich anpassungsfähig. Bei der Gestaltung des Vertrages sind wir frei, er kann eine Teuerung, aber auch eine mögliche Anpassung an das Zinsumfeld enthalten. Der Zusatzantrag SVP will eine Überbauung innerhalb von fünf Jahren?

Marco Valetti (SVP): Nein, er ist zeitlich nicht begrenzt.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Der Gemeinderat will, dass das Land genutzt wird. Somit gibt es wahrscheinlich schlimmere Zusatzanträge.

Andrea Höbel (CVP): Spontan ist mir eine Idee gekommen für eine kleine Kosteneinsparung. Kommt beim Werkhof die Variante mit der Mulde, muss diese je nach Jahreszeit intensiv geleert werden. Die Mulde füllt sich vor allem mit dem Schnitt des Grünstreifens Zürcherstrasse oder auch bei der Spitzmattstrasse. Kommt man dem Naturgesetz etwas entgegen und lässt die Pflanzen bis Mitte Juni stehen, versamen sie. Dies gäbe eine kostengünstige Variante mit bunt blühenden Streifen, die unser Ortsbild verschönern. Gleichzeitig müsste die Mulde nicht so oft geleert werden und wir können Geld sparen. Die eine oder andere Mulde muss nicht mehr geleert werden. Die Überstunden sind nicht mehr so präsent, sprich es muss nicht mehr extern eingekaufte Leistungen geben oder mindestens weniger. Mein Auge würde es extrem freuen.

Offene Abstimmungen

Zusatzantrag Marco Valetti (SP)

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Verkauf oder die Abgabe im Baurecht, ist nur an einen Käufer mit klaren Bauabsichten zu verkaufen oder im Baurecht abzugeben. Der Vertrag ist so zu gestalten, dass sichergestellt ist, dass ein Bauvorhaben auch umgesetzt wird.

Der Einwohnerrat fasst mit 40 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt dem Verpflichtungskredit von brutto CHF 57'000.00, inkl. MwSt., für den Rückbau des Kompostierplatzes und die Grüngutsammlung Werkhof zu Lasten der Spezialfinanzierung Abfallwirtschaft zu.

Der Einwohnerrat fasst mit 25 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt dem Verkauf der Parzelle 1491 zum Preis von mindestens CHF 1'174'500.00 zu.

7 2017.48

Budget 2018 der Einwohnergemeinde (inkl. Spezialfinanzierungen)

(Botschaft vom 21. August 2017)

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Wie jedes Jahr liegt ein sorgfältig ausgearbeitetes Budget mit ausführlichen Informationen vor. Zusätzlich konnte auf der Homepage die Finanzplanung eingesehen werden. Basis für das Budget ist jeweils die Hochrechnung 2017 und die sorgfältige Prüfung von möglichen Entwicklungen. Diese wurden heute vom Einwohnerrat genehmigt. Die Tagesstrukturen verursachen Mehrkosten

und sind im Budget enthalten, die Tarife Musikschule wurden angepasst und die Integration Windisch gutgeheissen. Somit liegt ein korrektes, vollständiges Budget vor. Der Gemeinderat hat das Budget traditionsgemäss ausgewogen und detailliert diskutiert. Der Budgetentwurf sah einen Aufwandüberschuss vor, nun weist es einen kleinen Ertragsüberschuss aus. Die Selbstfinanzierung wurde bereits erwähnt und gab auch im Gemeinderat zu diskutieren. Zu Beginn der Budgetberatung lag sie bei CHF 1 Mio., nun sind wir auf CHF 2 Mio., immer noch unbefriedigend. In einer Gemeinde unserer Grösse müsste sie zwischen CHF 3.5 und 4.5 Mio. liegen. Trotz neuem Finanz- und Lastenausgleich, welcher 2018 das erste Mal zum Tragen kommt, ist unsere Selbstfinanzierung nicht höher. Dies belegt einmal mehr unseren sehr engen Spielraum. Es zeigt aber, dass die vor vier bis fünf Jahren gestartete Entwicklung sehr wichtig ist. Gewisse Prozesse, welche einen Mehrwert für die Bevölkerung generieren, müssen wir realisieren. Wir sind gewachsen, konnten unsere Baufelder belegen und stehen im Vergleich mit anderen Gemeinden sehr gut da. Unsere Baufelder waren in relativ kurzer Zeit mit 80-90% belegt. Unsere Steuerkraft ist gewachsen, genügt jedoch für unsere Selbstfinanzierung immer noch nicht. Der Gemeinderat hat das Budget mit einem Ertragsüberschuss von CHF 180'000.00 verabschiedet, eigentlich ein ausgeglichenes Budget. Wir gehen davon aus, dass sich das Jahr 2018 in diesen Parametern bewegen wird.

Speziell ist beim Budget 2018 der Steuerfuss. Der neue Finanz- und Lastenausgleich verpflichtet die Gemeinden, den Steuerfuss 3% zu senken, weil die Kantonssteuern entsprechend 3% höher werden. Der Gemeinderat hat dieses Thema ebenfalls diskutiert und entschieden, dass wir dann eine Erhöhung des Steuerfusses beantragen, wenn wir sie brauchen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass in Zusammenhang mit dem Prozess der Schulraumplanung und bei der Erarbeitung des Finanzplanes 2018 bis 2021 der Steuerfuss intensiv diskutiert werden muss. Wir werden den Zeithorizont des Neubaus Dohlenzelg abbilden und aufzeigen, welche Mittel wir benötigen und welche Auswirkungen dies auf den Steuerfuss hat. Wie hoch die Steuerfusserhöhung sein wird wissen wir nicht. Die Zahlen sind noch zu wenig präzise, wie sich die neuen Baufelder auf den Steuerertrag auswirken werden. Der Tower mit Eigentumswohnungen in einem höheren Preissegment ist in Bau. Dadurch wird die Steuerkraft allenfalls nochmals etwas steigen und unsere Prognosen aus heutiger Sicht korrigieren. Der Gemeinderat wird zu Beginn der neuen Amtsperiode über den Steuerfuss diskutieren. Beim Budget 2018 beantragen wir einen Steuerfuss von 115%, im Gegenzug wird die Staatssteuer 3% erhöht. Ich beantrage das Budget 2018 mit einem Steuerfuss von 115% zu genehmigen.

Bruno Graf, Präsident FiGPK (SP): Die FiGPK hat das Budget mit Erfolgs- und Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde, mit den Spezialfinanzierung und der Kreditkontrolle geprüft. Das Budget ist vollständig, die Budgetierungsprozesse sind nachvollziehbar und durch die Verwaltung ausführlich begründet. Die Erklärung, wie der neue Finanz- und Lastenausgleich funktioniert, ist sehr gut verständlich. Das Budget sieht einen kleinen Überschuss vom CHF 181'000.00 vor. Weil der Selbstfinanzierungsgrad nur bei 71% liegen wird und Investitionen von CHF 2.9 Mio. vorgesehen sind, steigen die Schulden um rund CHF 850'000.00. Der Steuerfuss ist, wie vorgeschlagen, um 3% auf 115% gesenkt worden. Im Gegenzug steigt der kantonale Steuersatz um 3%. Der Gemeinderat hat die kantonale Empfehlung zum Finanz- und Lastenausgleich erfüllt, die Steuerbelastung für die Einwohner bleibt unverändert. Spannend ist, dies ist in unserem Bericht auf Seite 10 erläutert, dass im Vergleich mit dem Budget 2017 trotz des Steuerfusses von 115% im Budget 2018 mit einem um CHF 700'000.00 höheren Steuerertrag gerechnet wird. Wir haben die Kreditkontrolle geprüft. Diese enthält den am 14. Juni 2017 bewilligten Kredit für die Rechtsformänderung EW. Dieser darf bis zur Referendumsabstimmung nicht genutzt werden. Wir empfehlen die Annahme des Budgets und danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Marco Valetti (SVP): Im Namen der SVP danke ich dem Gemeinderat, der Verwaltung, insbesondere Marco Wächter und seinen Mitarbeiterinnen, und der FiGPK für die gute Arbeit. Wir stimmen dem Budget zu und haben keine Änderungsanträge. Allenfalls im Budget gewünschte Kostensteigerungen werden wir vehement bekämpfen.

Paul Bitschnau (SP): Wir stimmen dem Budget zu.

Philipp Umbricht (FDP): Ich werde mich nicht kurz fassen. Ich habe einige Bemerkungen zu diesem Budget, mehr als die linke und rechte Seite. Diese Voten klingen nach Friede, Freude, Eierkuchen. Das Budget 2018 erfüllt das minimale Ziel der FDP. Es ist ausgeglichen und der Steuerfuss liegt bei 115%. Mehr erfüllt es nicht. Der prognostizierte Ertragsüberschuss ist einfach eine schwarze Null. Bereits ein unvorhergesehenes Ereignis wird das Budget aus dem Gleichgewicht bringen. Bedenklich ist wie die

schwarze Null zustande kommt, wir erhalten eine Million von externer Seite. Ohne diese Hilfe wären wir tief in den roten Zahlen. Mein Ziel ist kein Geld mehr vom Kanton zu beziehen und trotzdem Ertragsüberschüsse auszuweisen. Beim Studium des Budgets stösst man auf die eine oder andere besorgniserregende Zahl, Heidi Ammon hat die Selbstfinanzierung erwähnt. Knapp 2 Millionen können wir selbst finanzieren. Geplant sind keine aussergewöhnlichen Investitionen von knapp 3 Millionen, trotzdem müssen wir weiteres Fremdkapital aufnehmen. Per Ende 2018 ist ein Schuldenberg von CHF 15 Mio. prognostiziert. Wie sieht wohl die Situation aus, wenn spezielle Investitionen getätigt werden müssen? Wir haben noch über Projektierungskredite zu befinden, welche Investitionen von CHF 30 Mio. auslösen werden. Wie sollen wir dies mit zwei Millionen Selbstfinanzierung bezahlen? Wir brauchen 15 Jahre um dies selbst zu finanzieren und nur, wenn wir keine anderen Investitionen mehr tätigen. Der zweite Wert ist die Schuldenlast pro Einwohner von knapp CHF 2'000.00. Der Finanzplan prognostiziert sogar eine Steigerung auf CHF 4'000.00. Ein riesiger Wert. Berücksichtigen wir die im Finanzplan in den Jahren 2027 und 2028 geplanten Investitionen für die Schulanlagen Rütenen und Dorf liegen wir bei CHF 5'000.00 bis 6'000.00, ausser wir geben Gegensteuer. Eine Möglichkeit wäre die Erhöhung des Steuerfusses. Dann machen wir genau das Gegenteil von dem was wir wollen, attraktiv für Neuzuzüger sein. Wenn ich diese Kennzahlen betrachte frage ich mich, welchen Stellenwert der Finanzplan noch hat. Der Gemeinderat hat die Schuldenlast pro Einwohner auf CHF 3'000.00 fixiert. Ob dies zu hoch oder zu tief ist diskutieren wir nicht. Der Gemeinderat überschreitet seine Zielsetzung um einen Drittel. Der Finanzplan ist doch da, um die gesetzten Leitplanken einzuhalten. Ich weise mit aller Deutlichkeit auf die sehr schlechten Aussichten unseres Schuldenberges hin. Nach Finanzplan sprechen wir nicht von einem Schuldenberg, das ist ein Hochgebirge. Steigen die Zinsen an, wird es in unserer Buchhaltung pechschwarze Nacht. Einerseits weil wir unseren Geldgebern mehr bezahlen müssen, andererseits werden die Steuereinnahmen einbrechen.

Selbstverständlich haben wir die Detailpositionen eingehend geprüft. Wir gehen mit den Feststellungen von FiGPK und Heidi Ammon einig, das Budget ist sorgfältig erarbeitet worden. Die Mehrausgaben sind nachvollziehbar begründet. Für diese solide Arbeit danken wir allen Beteiligten. Die FDP hätte die Akzente teilweise anders gesetzt, verzichtet aber darauf ins Budget einzugreifen. Wir werden uns ebenfalls gegen weitere Begehrlichkeiten zur Wehr setzen. Wir stimmen dem Budget zu.

Daniel Brassel (EVP): Für die EVP gibt es einen Lichtblick im Budget: Die Entlastung der Gemeinderechnung von CHF 920'000.00 aufgrund des neuen Finanz- und Lastenausgleiches. An dieser Stelle nochmals ein herzlicher Dank an Heidi Ammon und Marco Wächter, welche an vorderster Front für diese Sache gekämpft haben. Windisch mit seinen vielfältigen Aufgaben und der angespannten Finanzsituation kann diesen Zuschuss brauchen, speziell wenn wir an unsere Schulhäuser denken. Trotz dieses positiven Aspektes gilt es weiterhin äusserst sorgsam mit den Finanzen umzugehen. Das Budget 2018 ist für uns seriös, nachvollziehbar und realistisch. Wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für das detaillierte und aussagekräftige Budget und stimmen dem Antrag zu.

Barbara Scheidegger (CVP): Die CVP dankt für das Budget 2018. Wir würdigen jedes Jahr die riesige Arbeit, die hinter jeder Zeile oder jeder Zahl steckt. Wir danken dem Gemeinderat, der Gemeindeverwaltung und allen, die sich am Budget beteiligt haben, für ihre Arbeit. Wir sind zufrieden, dass wir beim Finanz- und Lastenausgleich endlich eine planbare Grösse kennen, leider kein Wundermittel gegen die angeschlagenen Gemeindefinanzen. Das Budget hat keine Begeisterung ausgelöst, die Zukunftsaussichten sind düster. Ich gebe zu, neue Fakten gibt es nicht. Ein Punkt ist mir aufgefallen, wir stellen jedoch keinen Antrag. Der Kostenanstieg bei der Spitex beträgt 25%. Es ist unbestritten, die Spitex ist eine sinnvolle Organisation und die Pflege zu Hause anstatt im Spital volkswirtschaftlich in Ordnung. Trotzdem, ein Kostenanstieg von 25% innerhalb eines Jahres befremdet sehr. Die Spitex hat sich Ziele gesetzt und lässt sich von den Gemeinden bezahlen. Dieses Vorgehen ist fragwürdig. Andere Punkte, die wir auch als kritisch empfinden, sind bereits erwähnt worden. Wir stimmen dem Budget zu.

Detailberatung Budget

Karin Hefti (FDP): Das Budget enthält keinen Fonds, wo die Mietzinserträge über alle die Jahre gutgeschrieben werden. Aus diesem Fonds könnten notwendige Renovationen bezahlt werden. Ist die Einrichtung eines Fonds geplant?

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Die Machbarkeit wird in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeinspektorat geprüft.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Budget 2018 wird mit einem Steuerfuss von 115% genehmigt.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Auch ich sage Danke, dem Gemeinderat, der Verwaltung, im speziellen Heidi Ammon und der Finanzverwaltung mit Marco Wächter, für die transparente und umfassende Dokumentation und Berichterstattung zum Budget. Danke auch der FiGPK für ihre Arbeit und den sehr aussagekräftigen Bericht.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Im Gegensatz zur Bevölkerung hat der Einwohnerrat das Recht, in der Budgetdebatte alles zu hinterfragen und zur Diskussion zu stellen. Es kam keine einzige Frage. Die Frage an Bernhard Stüssi, weshalb soll das Volk darüber abstimmen und noch Ja oder Nein sagen? Die Situation erleichtert unsere Arbeit sehr. Wir haben ein bewilligtes Budget und können mit den notwendigen Arbeiten vorausschauend beginnen.

Zum Anstieg der Spitex-Kosten um 25%: Wir haben diese Zahlen von der Spitex übernommen. Wir wissen, bereits in der Rechnung 2016 hatten wir eine Kostenexpansion. Wir haben dies bei der Spitex platziert. Heute war die Eröffnung des neuen Spitex-Standortes an der Schwimmbadstrasse 4 in Windisch. Ich empfehle, diese neuen Räumlichkeiten zu besichtigen. Aus einem Grossraumbüro wurden zweckmässige Räume eingerichtet, auch eine allenfalls notwendige Vergrösserung ist bereits berücksichtigt. Die Spitex leistet sehr gute Arbeit, dies ist immer von den Spitälern zu hören. Das hat seinen Preis. Der Bereich Hauswirtschaft darf nicht ausgebaut werden, weil dies die teuersten Leistungen sind. Die Spitex wird ein Thema bleiben. Wir werden die Entwicklung verfolgen, eine Lösung haben wir nicht. Auf der anderen Seite ist die stationäre Pflege. Hier ist es wichtig, dass das Pflegeheim voll besetzt ist. Ab BESA-Stufe 4 ist ein Heimeintritt sinnvoll, vorher sind andere Möglichkeiten zu prüfen. Auch hier gilt es die Entwicklung zu berücksichtigen. Wir werden Diskussionen führen, aber schnelle Lösungen sind in diesen Bereichen nicht möglich. Sehr gut funktioniert das Gesundheitszentrum. Es wird miteinander diskutiert und die Kosten werden nicht einfach auf die Gemeinden abgewälzt.



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 25. Oktober 2017

Seite:
273

Ich danke dem Einwohnerrat für das Vertrauen, es wurde kein Kürzungsantrag eingereicht. Dies ist nicht selbstverständlich. Wir sind uns bewusst, dass wir die Situation den tiefen Zinsen und dem Finanz- und Lastenausgleich zu verdanken haben. Dies wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern und wir müssen in Berücksichtigung unserer Situation sorgfältig mit unseren Mitteln umgehen.

Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindeschreiber II: